Gemeinsame Richtlinien der Jugendämter des Kreises Unna für Leistungen im Rahmen des Kinder- und Jugendhilfegesetzes (KJHG)

1. Allgemeiner Teil

1.1 Voraussetzungen

Die nachstehend aufgeführten Richtlinien sind eine Arbeitsgrundlage für wirtschaftliche Hilfeleistungen mit dem Ziel, für gleiche Sachverhalte und Bedingungen einheitliche Leistungen der öffentlichen Kinder- und Jugendhilfe auf Kreisebene zu erreichen.

Hiervon unberührt bleiben die Eigenverantwortung der einzelnen Jugendämter und die entsprechenden Beschlüsse der Jugendhilfeausschüsse. Im Interesse einer einheitlichen Regelung sind wesentliche Änderungen mit den anderen Jugendämtern des Kreisgebietes abzustimmen.

Gem. § 27 Abs. 2 KJHG wird Hilfe nach Maßgabe der §§ 28 bis 35 KJHG gewährt. Der Rechtsanspruch auf Hilfe zur Erziehung steht den Personensorgeberechtigten gem. § 27 Abs. 1 KJHG zu.

Vor einer Fremdunterbringung sollten alle geeigneten Erziehungshilfen ausgeschöpft werden. Hierzu kann im Einzelfall die Erziehungsbeistandschaft, eine Inanspruchnahme der Erziehungsberatungsstellen, der Einsatz einer Sozialpädagogischen Familienhilfe oder eines Familienpflegers und andere Maßnahmen gehören.

Im Zusammenwirken der zuständigen Fachkräfte des Jugendamtes werden im Einzelfall Art und Umfang der notwendigen Erziehungshilfe festgelegt. Gem. § 36 KJHG ist ein Hilfeplan zu erstellen.

Soweit Kinder, Jugendliche und junge Volljährige außerhalb der Ursprungsfamilie untergebracht werden müssen, ist unter Berücksichtigung des erzieherischen Bedarfs der Unterbringung in Pflegestellen der Vorzug vor der Unterbringung in Heimen zu geben.

Die Notwendigkeit der erzieherischen Hilfen ist in einem auf den Einzelfall zugeschnittenen zeitlichen Abstand zu überprüfen.

1.2 Personenkreis

Wirtschaftliche Erziehungshilfen für Minderjährige und junge Volljährige werden unabhängig von ihrer Staatsangehörigkeit gewährt, soweit die Voraussetzungen des § 6 KJHG erfüllt sind.

1.3 Rechts- und Verwaltungsvorschriften und andere Grundlagen des Verwaltungshandelns

1.3.1 Kinder- und Jugendhilfegesetz (KJHG)

1.3.2 Erstes Gesetz zur Ausführung des Kinder- und Jugendhilfegesetzes (AG-KJHG) NW

1.3.3 Zweites Gesetz zur Ausführung des Kinder- und Jugendhilfegesetzes - Gesetz über Tageseinrichtungen für Kinder (GTK)

1.3.4 Bundessozialhilfegesetz (BSHG)

1.3.5 Fürsorgerechtsvereinbarung (FRV)

1.3.6 Empfehlungen des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge

1.3.7 Sozialgesetzbuch (SGB)

1.3.8 Bürgerliches Gesetzbuch (BGB)

1.3.9 Richtlinien und Empfehlungen des Landesjugendamtes

1.3.10 Allgemeine Vereinbarung zwischen den Spitzenverbänden der freien Wohlfahrts- pflege NW, den kommunalen Spitzenverbänden NW und den Landschaftsverbänden NW

1.3.11 Interne Verfahrens- und Arbeitsanweisungen der örtlichen Jugendämter

2 Hilfearten

Insbesondere sind Hilfen nach KJHG:

gemäß § 13 Abs. 3 Unterbringung eines Jugendlichen in einer sozialpädagogisch
begleiteten Wohnform

gemäß § 16 Allgemeine Förderung der Erziehung in der Familie

gemäß § 19 Gemeinsame Wohnformen für Mütter/Väter und Kinder

gemäß § 20 Betreuung und Versorgung des Kindes in Notsituationen

gemäß § 21 Unterstützung bei notwendiger Unterbringung des Kindes oder
des Jugendlichen zur Erfüllung der Schulpflicht

gemäß § 22 Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen

gemäß § 23 Tagespflege

gemäß § 32 Erziehung in einer Tagesgruppe

gemäß § 33 Vollzeitpflege

gemäß § 34 Hilfe zur Erziehung in einem Heim oder in einer sonstigen
betreuten Wohnform

- gemäß § 35 Intensive sozialpädagogische Einzelbetreuung
- gemäß § 35 a Eingliederungshilfe für seelisch behinderte Kinder und Jugendliche
- gemäß § 41 Hilfe für junge Volljährige
- gemäß § 42 Inobhutnahme des Kindes oder des Jugendlichen
- gemäß § 43 Vorläufige Unterbringung des Kindes oder des Jugendlichen

2.1 Unterstützung bei notwendiger Unterbringung zur Erfüllung der Schulpflicht

Die Kosten können in besonders gelagerten Fällen übernommen werden. Es ist besonders zu prüfen, ob die erzieherischen Leistungen ausreichend gewährleistet sind.

2.2 Tagespflege/Tageseinrichtungen

2.2.1 Tagespflege

Bei der Tagespflege gem. § 23 KJHG handelt es sich um eine familienergänzende Maßnahme, die dann greifen kann, wenn die örtliche Ausgestaltung des Förderangebotes gem. § 24 KJHG nicht ausreichend vorgehalten wird. Weitere Voraussetzungen sind, daß die Pflegeperson die notwendige Eignung und Voraussetzung besitzt und die Förderung des Kindes in Tagespflege für sein Wohl geeignet und erforderlich ist. Näheres hierzu regelt Landesrecht.

2.2.2.1 Aufwendungsersatz

Der Aufwendungsersatz wird nur für Kinder unter 14 Jahren gewährt. Hierbei wird in der Regel eine wöchentliche Mindestbetreuungszeit von 20 Stunden vorausgesetzt, nur in begründeten Ausnahmefällen kann die wöchentliche Mindestbetreuungszeit unterschritten werden. Folgende monatliche Pauschalen werden ab dem 01.01.1999 als Aufwendungsersatz gewährt:

ALTERSSTUFE	BIS UNTER 20 STUNDEN	20 BIS 30 STUNDEN	31 BIS 40 STUNDEN	ÜBER 40 STUNDEN
0 bis unter 14 Jahren	320,00 DM	450,00 DM	590,00 DM	650,00 DM

Wird die Tagespflege im Haushalt des Personensorgeberechtigten durchgeführt, verringern sich die Pauschalsätze um einen Betrag in Höhe der häuslichen Ersparnisse.

Die häusliche Ersparnis gemäß § 93 KJHG i.V.m. § 85 BSHG wird nur gefordert, wenn die Tagespflege im Haushalt der Tagespflegeperson durchgeführt wird.

Bei der Tagespflege wird nur die tatsächliche Betreuungszeit angerechnet. Die Dauer der zwischenzeitlichen Abwesenheit des Kindes (Tageseinrichtung für

Kinder, Schule) wird in Abzug gebracht.

Bei einer Unterbrechung der Tagespflege von unter 6 Pflgetagen im Monat werden die Leistungen weiter gewährt. Dauert die Unterbrechung länger an, erfolgt eine Kürzung auf der Basis von 20 Tagen ab dem ersten Unterbrechungstag.

2.2.2.2 Findet die Betreuung in einer Notwohnung, einem Übergangwohnheim o. ä. statt, für die/das keine Miete, sondern ein Nutzungsentgelt vom Wohnungsinhaber gezahlt wird, wird analog zum Kinderbetreuungsgeld des Arbeitsamtes (§ 45 AfG) ein Betrag von z. Z. 120,- DM monatlich pauschal ungeachtet der Betreuungsdauer gewährt. Etwaige Kürzungen erfolgen nicht.

2.2.2.3 Im Rahmen der Tagespflege werden keine Beihilfen gewährt.

2.2.2.4 Ein Aufwendungsersatz an Verwandte in gerader Linie bis zum 3. Grad wird in der Regel nicht gewährt. Ausnahmen sind nur in begründeten Einzelfällen möglich, da ansonsten erwartet wird, daß diese Leistungen im Rahmen der familiären Selbsthilfe erbracht werden.

2.2.3 Tageseinrichtungen für Kinder

Näheres hierzu regelt Landesrecht.

Verpflegungskosten werden grundsätzlich nicht übernommen.

2.3 Tagesgruppe/Familienpflege

Bei der Tagesgruppe und Familientagespflege nach § 32 KJHG handelt es sich um erzieherische Hilfen zur Unterstützung der Elternarbeit. Die Hilfen sollen den Verbleib des Kindes oder Jugendlichen in seiner Familie sichern. Art und Umfang der Hilfen richten sich nach dem erzieherischen Bedarf im Einzelfall.

2.3.1 Tagesgruppe

Hilfe zur Erziehung in einer Tagesgruppe soll die Entwicklung des Kindes oder des Jugendlichen durch soziales Lernen in der Gruppe, Begleitung in der schulischen Förderung und Elternarbeit unterstützen und dadurch den Verbleib in seiner Familie sichern.

Die von der Pflegesatzkommission genehmigten oder die im Einzelfall vereinbarten Pflegesätze sind vom endgültigen Kostenträger zu zahlen.

2.3.2 Familienpflege

Die durch die Tagesgruppe praktizierte Erziehungshilfe kann auch in geeigneten Formen der Familienpflege geleistet werden. Gem. § 32 Satz 2 KJHG kann die Hilfe auch in einer geeigneten Familie stattfinden. In diesem Falle werden laufende Leistungen gem. § 39 Abs. 1 und 4 KJHG wie folgt gewährt:

Materielle Aufwendungen entsprechend dem in der Tagespflege festgelegten Aufwendungsersatz zuzüglich 75 % der Kosten der Erziehung der im Rahmen der Vollzeitpflege gem. § 33 KJHG gewährten Beträge.

2.4 Vollzeitpflege

Für die Pflege und Erziehung der Minderjährigen und jungen Volljährigen, die außerhalb des Haushalts des Sorgeberechtigten in Vollzeitpflege untergebracht sind,

werden die Leistungen gem. § 39 Abs. 5 KJHG durch den Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales (MAGS) NW festgesetzt.

Leistungen für in Verwandtenpflegestellen untergebrachte Kinder werden nur entsprechend den Empfehlungen des Deutschen Vereins zur Vollzeitpflege/Verwandtenpflege vom 03.04.92 und der geltenden Rechtsprechung gewährt.

2.4.1 Die Leistungen setzen sich zusammen aus "Materiellen Aufwendungen" und "Kosten der Erziehung".

Die "Materiellen Aufwendungen" für Pflegekinder umfassen den regelmäßigen Bedarf eines Minderjährigen bzw. jungen Volljährigen an Lebensunterhalt, insbesondere die Aufwendungen für Ernährung, Bekleidung, Reinigung, Körper- und Gesundheitspflege, Hausrat, Unterkunft, Heizung und Beleuchtung, Schulbedarf, Bildung und Unterhaltung.

Nicht in den "Materiellen Aufwendungen" enthalten sind Beihilfen gem. § 39 Abs. 3 KJHG. Dies gilt ebenfalls für Ausgaben zur Sicherstellung des Versicherungsschutzes.

Bei Kuren und Krankenhausaufenthalten des Pflegekindes werden sowohl die "Materiellen Aufwendungen" als auch die "Kosten der Erziehung" bis zu 6 Wochen in voller Höhe weitergezahlt.

Die "Kosten der Erziehung" können darüber hinaus jedoch bis zu einem Jahr weitergewährt werden, wenn feststeht, daß das Pflegekind wieder in die bisherige Pflegefamilie zurückkehrt und der persönliche Kontakt weiterbesteht.

Bei Einstellung eines Pflegeverhältnisses von mindestens zwölfmonatiger Dauer bis einschließlich zum 15. eines Monats sollen grundsätzlich 50 % der Gesamtleistungen zurückgefordert, bei Einstellung bis Ende des Monats soll die Leistung in voller Höhe belassen werden.

Die vorstehende Regelung gilt auch für die Einstellung der Zahlung bei Adoption eines Kindes. In diesem Zusammenhang wird auf die Unterhaltsverpflichtung der Adoptiveltern gem. § 1751 Abs. 4 BGB verwiesen.

Die entsprechenden Voraussetzungen liegen vor, wenn die Einwilligungserklärungen der leiblichen Eltern des Pflegekindes beim zuständigen Amtsgericht eingegangen sind oder sobald der Beschluß des Gerichts über die Ersetzung der elterlichen Zustimmung rechtskräftig geworden ist.

2.4.2 Sonderbedarf

Gemäß § 39 Abs. 3 KJHG können auf Antrag einmalige oder laufende Leistungen für einen nachgewiesenen besonderen Bedarf gewährt werden.

Dies sind insbesondere:

- a) **Bettnässerzulage** monatlich 60,00 DM
Voraussetzung ist die Vorlage einer entsprechenden ärztlichen Bescheinigung. Der längste ununterbrochene Bewilligungszeitraum beträgt 1 Jahr, nach diesem Zeitraum ist ein neuer Antrag unter Vorlage einer neuen ärztlichen Bescheinigung zu stellen.
- b) **Einmalige Bekleidungsbeihilfen** 400,00 DM
z. B. bei Fettleibigkeit, schnellem Wachstum und Behinderungen

- c) **Einschulungsbeihilfe** 200,00 DM
- d) **Berufs-/ Ausbildungsbeginn** 300,00 DM
bis zum nachgewiesenem Bedarf
- e) **Beihilfe zur Kommunion** 400,00 DM
- f) **Beihilfe zur Konfirmation** 400,00 DM
- g) **Beihilfe für das Beschneidungsfest** 400,00 DM
- h) **Ferienbeihilfe**
Die Beihilfe wird ohne besonderen Nachweis
einmal jährlich als Pauschalbetrag gewährt. 250,00 DM
- i) **Weihnachtsbeihilfe** (pauschal jährlich) 100,00 DM
- j) **Erstausstattungsbeihilfe**
Nach pflichtgemäßem Ermessen kann bei entsprechender
Stellungnahme durch den Pflegekinderdienst zur Aufnahme
des Pflegekinds eine Erstausstattungsbeihilfe gewährt
werden bis zu einer Höhe von 1.500,00 DM
- k) **Ausstattungsbeihilfe bei Verselbständigung**
Bei erfolgreicher Beendigung der Hilfe zur Erziehung bzw.
Hilfe für junge Volljährige , sofern eine eigene Wohnung
bezogen wird bis zu 1.000,00 DM
- l) **sonstige Beihilfen**
Diese werden je nach erzieherischer Notwendigkeit voll oder
zum Teil übernommen, falls sie nicht bereits durch Pflegegeld-
leistungen abgegolten werden.

2.4.3 Sozialpädagogische Pflegestelle

Sozialpädagogische Pflegestellen sind Familienpflegestellen für besonders entwicklungsbeeinträchtigte Kinder und Jugendliche mit besonderen erzieherischen Bedürfnissen.

Die Pflegeeltern müssen über besondere erzieherische Fähigkeiten verfügen. In der Regel soll wenigstens ein Elternteil eine pädagogische Ausbildung (z. B. als Sozialarbeiter, Sozialpädagoge, Lehrer, Psychologe, Psychagoge, Erzieherin/Erzieher oder als Angehöriger eines medizinischen Berufes mit besonderen Erfahrungen im Umgang mit Kindern) haben.

Zuzüglich zu den "Materiellen Aufwendungen" und den "Kosten der Erziehung" sind den Pflegeeltern für ihre besonderen pädagogischen Bemühungen und Leistungen weitere Zuwendungen gemäß den Empfehlungen des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe, Landesjugendamt, zuzuerkennen.

2.5 Heimerziehung, sonstige betreute Wohnform

Gemäß § 34 KJHG handelt es sich um Hilfe zur Erziehung in einer Einrichtung über Tag und Nacht.

2.5.1 Heimpflegesätze

Die von der Pflegesatzkommission genehmigten oder die im Einzelfall vereinbarten Pflegesätze sind vom endgültigen Kostenträger zu zahlen. Im übrigen wird auf die unter Ziff. 1.3.9 aufgeführte allgemeine Vereinbarung verwiesen.

2.5.2 Sonderbedarf

Auf Antrag können über den täglichen Bedarf hinaus einmalige Beihilfen aus besonderen Anlässen gewährt werden. Dies sind insbesondere:

- a) Bekleidungsbeihilfe**
Bei einem nachgewiesenen Bedarf kann eine einmalige Bekleidungsbeihilfe bei Aufnahme eines Kindes gewährt werden bis zu einem Betrag von **800,00 DM**
(z. B. bei Fettleibigkeit, schnellem Wachstum und Behinderungen **400,00 DM**)
- b) Einschulungsbeihilfe** **200,00 DM**
- c) Berufs/Ausbildungsbeginn, bis zum nachgewiesenem Bedarf** **300,00 DM**
- d) Beihilfe zur Kommunion** **400,00 DM**
- e) Beihilfe zur Konfirmation** **400,00 DM**
- f) Beihilfe für das Beschneidungsfest** **400,00 DM**
- g) Ferienbeihilfe**
Kosten für die von den Kinder- und Jugendheimen durchgeführten Ferienmaßnahmen werden nicht gesondert abgerechnet, sondern durch die Zahlung des vollen Pflegesatzes abgegolten.
Bei Maßnahmen fremder Träger kann eine Beihilfe bis zu einem Höchstbetrag von **750,00 DM** gewährt werden. Hierbei ist der Kürzungsbetrag zwischen Pflegesatz und Bettengeld anzurechnen.
Bei allen übrigen Abwesenheitstagen gilt die Bettengeldregelung der allgemeinen Vereinbarung.
- h) Weihnachtsbeihilfe** **100,00 DM**
Aus Gründen der Gleichbehandlung ist dem im Kinder- oder Jugendheim überwiegend gezahlten höheren bzw. niedrigeren Satz der Weihnachtsbeihilfe der Vorrang einzuräumen.

i) Beurlaubungen

Für Minderjährige werden die Fahrtkosten für jährlich 12 Familienheimfahrten nur übernommen, sofern sie nicht im Pflegesatz enthalten sind und die Übernahme der Kosten den Eltern nicht zuzumuten ist. Während der Beurlaubung wird auf Antrag Hilfe zum Lebensunterhalt gewährt. An- und Abreisetag werden zusammen als 1 Tag berücksichtigt.

Die pädagogische Notwendigkeit der Beurlaubung ist im Einzelfall von der sozialpädagogischen Fachkraft des Jugendhilfeträgers zu begründen.

j) Ausstattungsbeihilfe bei Verselbständigung

bis zu 1.000,00 DM

wenn die/der Jugendliche oder junge Volljährige nach längerem Heimaufenthalt oder Pflegestellenunterbringung eine eigene Wohnung bezieht und tatsächlich eine Verselbständigung erreicht wurde. Bei Vorliegen dieser Bedingungen und einer vorherigen Beantragung durch die Einrichtung erfolgt die Auszahlung nach Abschluß der Jugendhilfemaßnahme.

k) sonstige Beihilfen

Diese werden je nach erzieherischer Notwendigkeit voll oder zum Teil übernommen, falls sie nicht bereits durch den Heimpflegesatz abgegolten oder in den vorstehenden Beihilfen enthalten sind.

2.5.3 Barbetrag (Taschengeld)

Der Barbetrag wird gem. § 39 Abs. 2 KJHG gewährt.
Die Höhe wird durch den MAGS festgesetzt.

2.5.4 Bekleidungspauschale

Die Bekleidungspauschale ist zur Abgeltung der Kosten für Ergänzung von Bekleidung, Leibwäsche und Schuhwerk nach den von der Pflegesatzkommission im Rahmen der allgemeinen Vereinbarung beschlossenen Sätze zu zahlen.

3 Krankenhilfe

Für Kinder und Jugendliche und junge Volljährige, für die Leistungen gem. §§ 19, 21 und Hilfe zur Erziehung gem. §§ 33 - 35 a bzw. Hilfe für junge Volljährige gem. § 41 KJHG und Leistungen zum Unterhalt gem. § 39 KJHG gewährt werden, ist Krankenhilfe gem. § 40 KJHG zu leisten, soweit kein anderer Versicherungsschutz besteht.

Bei Personen in Vollzeitpflege ist in jedem Fall vorrangig zu versuchen, einen Familienkrankhilfanspruch über die Versicherung der Pflegeeltern zu erreichen.

4 Hilfen für junge Volljährige

Zur Ausgestaltung der Hilfe gelten Punkt 2.4, 2.5 und 3 entsprechend.

5 Haftpflicht- und Unfallversicherung für Pflegekinder

Für Pflegekinder ist eine Haftpflichtversicherung abzuschließen; eine Gruppenunfallversicherung sollte abgeschlossen werden.

Die Haftpflichtversicherung für Pflegekinder regelt Schadensersatzansprüche gegenüber Dritten.

Schadensersatzansprüche im Innenverhältnis sind nicht abgedeckt.

6 Gutachten als Entscheidungshilfen

Kosten für Gutachten, die zur Feststellung der Hilfeart erforderlich und nicht von anderen Stellen zu tragen sind, können im Rahmen der wirtschaftlichen Jugendhilfe übernommen werden.

7 Inanspruchnahme des Hilfeempfängers und seiner Eltern

Gesetzliche Grundlagen

Die grundsätzliche Unterhaltsverpflichtung ergibt sich aus § 1601 BGB. Die Inanspruchnahme des Hilfeempfängers und seiner Eltern stützt sich auf §§ 91 ff KJHG.

Ermessen ist in jedem Fall auch dahingehend auszuüben, ob Gründe vorliegen, die gegen eine Heranziehung sprechen.

Dies ist entsprechend schriftlich zu vermerken.

Die wirtschaftlichen Verhältnisse müssen regelmäßig überprüft werden. Wenn keine besonderen Gründe für eine andere Regelung sprechen, sollen alle zwei Jahre Überprüfungen stattfinden.

Die jeweils geltenden Empfehlungen des Landesjugendamtes werden angewandt.

8 Beanspruchung von Sozialleistungen

Der Träger der wirtschaftlichen Jugendhilfe kann gem. § 104 SGB X Sozialleistungsansprüche des Hilfeempfängers von vorrangig verpflichteten Sozialleistungsträgern beanspruchen. Diese Sondervorschrift geht aus den Bestimmungen des § 90 BSHG hervor. Eine Überleitung von Ansprüchen gem. § 95 KJHG ist nur noch gegen Stellen möglich, die nicht Leistungsträger gem. § 12 SGB I sind (z. B. private Versicherungen und Beihilfestellen).

Der in § 48 SGB I geforderte Nachweis der Verletzung der Unterhaltspflicht ist nach § 104 SGB X nicht erforderlich.

Das Jugendamt kann gem. § 97 KJHG die Feststellung einer Sozialleistung entsprechend § 91 a BSHG betreiben und hat somit ein eigenes Antragsrecht.

Folgende Sozialleistungen sind gem. § 104 SGB X unter anderem vorrangig zu beanspruchen:

a) Vom Arbeitsamt

Kindergeld, Leistungen nach dem Arbeitsförderungsgesetz (AFG), wie z. B. Arbeitslosengeld, Arbeitslosenhilfe, Berufsausbildungsbeihilfe, Ausbildungsgeld.

b) Vom Amt für Ausbildungsförderung

Leistungen nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz und Unterhalts-

beihilfegesetz NW.

c) Rententräger

Waisen- und Halbwaisenrenten, Zuschuß zur Rente (Regelung gilt nicht mehr für Rentenansprüche ab 01.01.1984).

d) Krankenversicherung

Ersatzleistungen der Krankenkasse.

9 Kostenerstattung

9.1 Die Kostenerstattung der Jugendhilfeträger untereinander richtet sich nach dem KJHG.

9.2 Kostenerstattung gegenüber den Trägern der Sozialhilfe

Hat der Träger der öffentlichen Jugendhilfe Leistungen erbracht, um eine bestehende Notlage abzuwenden, obwohl er hierfür nicht zuständig war, kann er gem. § 105 SGB X Kostenerstattung beim zuständigen Träger der Sozialhilfe verlangen.

Die Bestimmungen des 9. Abschnittes BSHG finden hierbei keine Anwendung.

9.3 Kostenerstattung in Sonderfällen

Hier sind insbesondere für das Flüchtlingsaufnahmegesetz vom 27.03.1984 (GV NW S. 214) die ergangenen Verwaltungsvorschriften zu beachten. Diese Vorschriften gelten insbesondere für asylbegehrende Ausländer und südostasiatische Flüchtlinge.

10 Schlußbestimmungen

Der Jugendhilfeausschuß hat diese Richtlinien in der Sitzung am --.--.--. beschlossen.

Die Richtlinien treten am --.--.--. in Kraft.